

# Chassot hebt den Warnfinger

Berner Zeitung, 12.7.2014



**Isabelle Chassot**, Direktorin des Bundesamts für Kultur, sieht keinen Spielraum im Streit um die zweite Landessprache an der Schule. *Andreas Blatter*

**SPRACHENSTREIT** Französisch gehört für Isabelle Chassot in die Primarschule. Die BAK-Chefin versteht den Aufschrei der Romands.

Schon bald wird in drei Kantonen darüber abgestimmt, ob Primarschüler nur noch eine Fremdsprache lernen sollen. Romands sehen das Französisch in Gefahr. Isabelle Chassot, Direktorin des Bundesamts für Kultur (BAK), stärkt ihnen den Rücken. Im Interview erläutert sie, warum das nichts mit Dünnhäutigkeit zu tun habe. Der Bundesrat werde wenn nötig korrigierend eingreifen. *cab* **SEITE 12 + 13**

# «Das Beispiel Belgien zeigt uns, was

Die neue Direktorin des Bundesamts für Kultur, Isabelle Chassot, hat klare Ansichten zum Fremdsprachenunterricht an Schulen. Eine Verlegung des Französischunterrichts in die Oberstufe liegt für sie nicht drin. Das sehe der Bundesrat ebenso.

**Weil einige Kantone Französisch an der Primarschule in Frage stellen, rief eine Zeitung den Sprachenkrieg aus. Isabelle Chassot, sind Romands dünnhäutig?**

Isabelle Chassot: Die Romands reagieren nicht, weil sie dünnhäutig sind, sondern weil sie damit ihre Sorge um den Platz einer Minderheit in der Schweiz ausdrücken und an die Bedeutung des nationalen Zusammenhalts erinnern. Das Wort Krieg fand ich selber zu stark. Man hat es hier wohl gewählt, um ein berechtigtes Anliegen vorzubringen.

**Prominente wie Pascal Couchepin oder Christophe Darbellay bliesen ins selbe Horn. Was wollen sie damit bezwecken?**

Das müssen Sie sie selber fragen. In der Romandie aber existiert ein grosses Einvernehmen, dass die Landessprachen für das gegenseitige Verständnis in der Schweiz wichtig ist. Der Bundesrat hat es übrigens auch in parlamentarischen Antworten unterstrichen: Für den nationalen Zusammenhalt ist es wichtig, dass die Landessprachen präsent bleiben, gesprochen und an den Schulen vermittelt werden. Denn es geht auch darum, einander zu verstehen.

**Ihr Nachfolger als Präsident der kantonalen Erziehungsdirektoren, Christoph Eymann, hat sogar Belgien als Szenario bemüht, wo die Sprachregionen sich auseinandergeliebt haben. Droht dies der Schweiz?**

Die Schweiz ist vielschichtiger, und das ist auch ihre Chance. Belgien ist unterteilt in eine Mehrheit und eine Minderheit. In der Schweiz gibt es verschiedene Minderheiten; neben den Sprachregionen schaffen etwa Religionen oder die Differenz zwischen Stadt und Land solche Gruppen. Man befindet sich immer in der Minderheit zu jemand anderem. Die Situation ist also nicht direkt vergleichbar, aber das Beispiel Belgien zeigt uns, was geschieht, wenn eine Sprache nicht mehr wahrgenommen wird.

**Bundesrat Alain Berset will das nicht hinnehmen. Bedeutet das, er wird die zweite Landessprache an der Primarschule verordnen?**

Es ist nicht nur Alain Berset, der sich geäussert hat, sondern der Gesamtbundesrat, der auf die in der Verfassung verankerten Grundsätze aufmerksam gemacht hat. Er rief seine Aufgabe in Erinnerung, nötigenfalls korrigierend aktiv zu werden. Das wäre zum Beispiel dann der Fall,

**«Für den nationalen Zusammenhalt ist es wichtig, dass die Landessprachen gesprochen und an den Schulen vermittelt werden.»**

wenn der Unterricht einer zweiten Landessprache an der Primarschule in einzelnen Kantonen gestrichen würde.

**Ein solches Machtwort würde dem nationalen Zusammenhalt doch auch Schaden zufügen?**

Nein. Es ginge ja nicht um ein Machtwort, sondern um einen verfassungsmässigen Auftrag. Ich bin überzeugt, dass dies den Zusammenhalt stärken würde. Bis jetzt hat jedoch noch keine Kantonsregierung die Sprachstrategie infrage gestellt. Es herrscht Konsens darüber, dass der Fremdsprachenunterricht früh beginnen muss und dass dies auch für eine zweite Landessprache zutrifft: Anderslautende Anliegen kamen bisher stets aus den Parlamenten oder in Form von Volksinitiativen.

**Der Kompromiss von 2004, den Sie ansprechen, war eine Zangengeburt. Im Osten der Schweiz beharrte vor allem Zürich auf Englisch als erster Fremdsprache. Die Romandie bot nur Hand, wenn der Französischunterricht ebenfalls in der Primarschule einsetzt. Sie waren damals beteiligt. Erinnern Sie sich?**

Das war tatsächlich eine schwierige Zeit. Ich war damals Erziehungsdirektorin des Kantons Zürich spielte übrigens auf der Suche nach einer Lösung eine sehr konstruktive Rolle. Dies, indem man es als Chance auffasste – und zwar auch für die Schüler –, in der Primarschule mit zwei Fremdsprachen zu beginnen.

**Kritiker des Kompromisses bezweifeln genau dies. Sie sagen, die Schüler seien überfordert. Interessiert Sie das nicht?**

Bevor der Entscheid fiel, waren alle Facetten einbezogen worden. Die pädagogische Sicht floss demnach mit ein. Es gibt Länder, die viel früher mit dem Sprachunterricht beginnen, zum Beispiel Luxemburg. Ich komme aus einem zweisprachigen Kanton, in dem ebenfalls zwei Fremdsprachen eingeführt werden. Ich sah dort Kinder, die mit Freude lernen. Wir müssen aufpassen, dass wir als Erwachsene nicht auf die jetzige Schule projizieren, wie wir selber Fremdsprachen gelernt haben. Die heutigen Unterrichtsmittel sind spannender aufgebaut und die Didaktik ans Alter der Kinder angepasst.

**Die Einwände stammen von Lehrern. Liegen sie alle falsch?**

Mich würde interessieren, was für eine Lösung diese Lehrer als Alternative sehen. Ich frage mich, ob vielleicht eher sie mit dem Vermitteln der Fremdsprache ein Problem haben.

**Wegen mangelnder Kenntnisse?** Nein, ich unterschätze die Aufgabe der Lehrpersonen nicht. Ich frage mich, ob sie zu dieser Ansicht kommen, weil sie zu wenig Unterstützung erfahren. Erfolgreicher Sprachunterricht hängt auch von einem ausreichenden Weiterbildungsangebot ab.

**Zurück zu den Schülern: Die Schule soll Kinder dazu befähigen, als Erwachsene zu bestehen. Darf man sie missbrauchen, indem man ihnen nationalen Zusammenhalt einpaukt?**

Ihre Frage erstaunt mich. Das Vermitteln einer Landessprache ist in keiner Weise ein Miss-

Berner Zeitung,

12.7.2014



An Freiburger Schulen hat die frühere Erziehungsdirektorin Isabelle Chassot vor

brauch. Kinder erhalten so mehr Chancen auf dem Arbeitsmarkt. 95 Prozent der Angestellten in der Schweiz arbeiten für KMUs, viele davon in der Binnenwirtschaft. Dort sind solche Kenntnisse nach wie vor von Nutzen. **Wäre der Bund nicht besser beraten, den Austausch zu fördern, statt den Drohfinger zu erheben?** Auch die Unterstützung des Schüleraustausches gehört zu den Aufgaben des Bundes.

**Mit welchem Betrag?** Aktuell mit einer Million Franken pro Jahr, und es ist in der Kulturbotschaft vorgesehen, diese Summe zu erhöhen. Jeder Austausch bietet die Gelegenheit, sich kennen zu lernen, die Um-

welt des Anderssprachigen zu verstehen, und die Chance, mit einer anderen Landessprache in Kontakt zu kommen. Deshalb sehen wir auch vor, Sprachaufenthalte für Lehrer zu unterstützen. **Mit Verlaub, der Betrag ist ein Klacks!**

Warum? **Schon nur eine Jahreslektion Unterricht kostet einen Kanton mehrere Millionen Franken.** Sie müssen zwischen dem Unterricht, für den die Kantone zuständig sind, und der Unterstützung der Organisation des Austausches unterscheiden. Um ein vollständiges Bild zu erhalten, müssen Sie die Mittel hinzufügen, welche die Kantone für den Unterricht im in-



# passieren kann»



## ZUR PERSON

**Isabelle Chassot** ist seit November 2013 Direktorin des Bundesamts für Kultur. Zuvor war sie ab 2001 und bis Ende Oktober 2013 Freiburger Staatsrätin. Die Christdemokratin stand der Direktion für Erziehung, Kultur und Sport vor. Zwischen 2006 und ihrem Wechsel zum Bund präsidierte die 49-Jährige zudem die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren. In diese Zeit fiel auch die Ausarbeitung des Konkordats zur Harmonisierung der Ziele der Volksschule. Das Harmos-Konkordat ist seit 2009 in Kraft und wird derzeit in den Kantonen umgesetzt. Eingang fand darin unter anderem der 2004 gefundene Kompromiss zum Fremdsprachenunterricht, der jetzt in verschiedenen Kantonen infrage gestellt wird. 15 Kantone sind dem Konkordat bisher beigetreten. Die Zweisprachigkeit begleitet Chassot seit ihrer Kindheit in Fribourg/Freiburg. Ihre Mutter ist Österreicherin, während ihr Vater französischer Muttersprache ist. *cab*

scheidend für die Mobilität der Familien.

**Wie haben Sie als Erziehungsdirektorin eines zweisprachigen Kantons die deutschsprachige Minderheit erlebt?**

Die deutschsprachige Minderheit im Kanton Freiburg ist wie die französischsprachige Minderheit in der Schweiz. Wir begegneten uns mit Respekt.

**Aus dem Wallis, ebenfalls einem Kanton mit frankophoner Mehrheit, hört man was anderes. Da lebt man aneinander vorbei...**

Zwischen dem Wallis und Freiburg gibt es Unterschiede. Wir haben mit der Stadt Freiburg eine Hauptstadt, die zweisprachig ist und ein gemeinsames Zentrum darstellt. Für die Ausbildung nach der obligatorischen Schule kommen die meisten deutschsprachigen Schüler nach Freiburg. Alle Mittelschulen sind bilingue, auch die Berufsschulen. Die Schulen unternehmen viel, um das Miteinander zu fördern.

**Romands verlangen, dass Deutschschweizer Französisch sprechen können. Sie selber reden aber lieber in Ihrer Muttersprache. Woran liegt das? Sind es Minderwertigkeitskomplexe?**

(spricht plötzlich Deutsch) Da muss ich korrigieren: Romands erwarten, dass sie ihre eigene Sprache sprechen können und trotzdem verstanden werden. Sie wollen als vollwertige, Französisch sprechende Schweizer wahrgenommen werden und verlangen nicht, dass man mit ihnen Französisch spricht. Dafür gibt es die gutschweizerische Übereinkunft, dass in mehrsprachigen Runden jeder seine eigene Sprache spricht. Natürlich müssen Deutschschweizer dann die Standardsprache reden.

**Damit kommen wir zu einem weiteren Problem: Hier liege vieles im Argen, sagen Kritiker. Statt vieler Fremdsprachen würden die Schüler gescheiter wieder richtig Hochdeutsch lernen.**

Ich habe noch keinen erwachsenen Deutschschweizer getroffen, der die Standardsprache nicht beherrscht und sich im Gespräch mit Romands oder Italienischsprachigen geweigert hätte, diese zu sprechen.

*Interview: Christoph Aebischer*

allen Primarschüler gesehen, die Freude an den Fremdsprachen hatten, und nicht solche, die überfordert waren.

*Bilder Andreas Blatter*

## BUNDESRAT

**Handlungsoptionen** Der Bundesrat hat im Juni seine Haltung in der Antwort auf zwei Interpellationen dargelegt. SP-Ständerat Christian Levrat (FR) und SP-Nationalrat Mathias Reynard (VS) thematisierten die Bestrebungen in einigen Ostschweizer und Zentralschweizer Kantonen, nur noch eine Fremdsprache auf der Primarstufe zu belassen. Aus Sicht des Bundesrats würde dies dann der Bundesverfassung widersprechen, wenn der Unterricht der zweiten Landessprache erst auf der Oberstufe einsetzen würde. Falls die Kantone die Volksschule nicht aus eigener

Kraft harmonisieren könnten, würde er auf der Basis des Artikels 62 Absatz 4 der Bundesverfassung intervenieren. Dazu könnte der Bund einerseits das Harmos-Konkordat für allgemein verbindlich erklären. Andererseits könnte er den Artikel 15 des Sprachengesetzes präzisieren. Beides müsste dem Bundesparlament vorgelegt werden und würde dem fakultativen Referendum unterliegen. Doch vorerst wartet die Landesregierung die Bilanz ab, welche die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren für 2015 angekündigt hat. *cab*

terkantonalen Austausch aufwenden. Deshalb unterstützt der Bund auch die Organisation des Austausches, der notabene vor Inkraftsetzung des Sprachengesetzes nicht genügend finanziert war. **Sollten solche Austausche eventuell obligatorisch werden?**

Es ist nicht an mir, das zu fordern. Dies fällt in den Zuständigkeitsbereich der Kantone. Aber ich sehe die Herausforderung.

**Derzeit sind drei Volksinitiativen unterwegs, die nur noch eine Fremdsprache an der Primarschule wollen. Ist das Harmos-Konkordat gescheitert, wenn eine davon angenommen wird?**

Als Direktorin des Bundesamts für Kultur ist es nicht an mir, die-

se Frage zu beantworten. Dazu nur so viel: Artikel 62 Absatz 4 der Bundesverfassung verpflichtet die Kantone zur Harmonisierung der Volksschule. Dieses Ziel können sie mittels Konkordat oder durch autonome Entscheidungen erreichen.

**In der Verfassung steht nirgends geschrieben, dass bereits in der Primarschule mit zwei Fremdsprachen begonnen werden muss. Der Unterricht in der zweiten Landessprache könnte also auf der Oberstufe einsetzen.**

Nein. Der erwähnte Artikel verbindet die Harmonisierung mit dem Ziel, die Mobilität zu erleichtern. Er verlangt deshalb, dass am Übergang zur nächsten

Stufe – also von der Primarschule in die Oberstufe oder von dort in weiterführende Ausbildungen – gewisse Lernziele erreicht sein müssen. Vier Bereiche – Muttersprache, Mathematik, Wissenschaften und Fremdsprachen – sind bereits von allen Kantonen verabschiedet worden.

**Mobilität ohne schulische Hürden ist in der heutigen Situation, in der nicht alle Kantone mit derselben Fremdsprache beginnen, sowieso eine Utopie.**

Eben nicht. Wie schon gesagt, die Konferenz der Erziehungsdirektoren hat Bildungsstandards mittels Lernzielen definiert, die jeweils zum Ende einer Periode erreicht sein müssen. Sie sind ent-

# Ein Machtwort des Bundes würde mehr schaden als nützen

Eines hat die Diskussion um die Rolle der Landessprachen an der Schule schon gebracht. Die Sprachregionen haben ein gemeinsames Gesprächsthema gefunden. Für Bewohner desselben Hauses kann das nur positiv sein. Denn auf den lebendigen Austausch zu anstehenden Problemen kommt es an.

Wer die Irritation über das Einhalten der Waschtage – um beim Bild der Hausgemeinschaft zu bleiben – zur Grundsatzfrage über das Zusammenleben ausweitet, reagiert jedoch unbesonnen. Ziemlich sicher fügt er dem Hausfrieden grösseren Schaden zu als jene, die pragmatisch nach Lösungen suchen.

**Sollten also tatsächlich einzelne Kantone** – Volksinitiativen dazu sind in Luzern, Nidwalden und Luzern unterwegs – den Französischunterricht zurück auf die Oberstufe verbannen, ist das noch lange kein Grund zum Hyperventilieren und dazu vom Bund ein Machtwort zu verlangen.

## BZ Kommentar



Redaktor  
**Christoph Aebischer**  
zum Fremdsprachenstreit

Berner Zeitung,

12.7. 2014

**Schüler müssen am Ende der obligatorischen Schulzeit** über Kenntnisse in einer zweiten Landessprache verfügen. So steht es in der Verfassung, und das ist auch unbestritten. Wann der Unterricht dazu einsetzt, ist sekundär. Zumal die ebenfalls in der Verfassung verankerte Harmonisierung der Volksschule noch ganz andere Baustellen zu meistern hat.

Erwähnt seien etwa die sehr unterschiedlich ausgestatteten kantonalen Lektionentafeln. Die Bandbreite der zur Verfügung stehenden Lektionen ist riesig, und deren Aufteilung auf die Fächer variiert stark. Weil eine Angleichung die Kantone Millionen von Franken kostet, und zwar jährlich wiederkehrend, wird sich daran so schnell nichts ändern.

**Dem gegenüber stehen die immer vielseitigeren Herausforderungen** in den Klassenzimmern: Kinder mit Lernschwierigkeiten sollen integriert werden, viele star-

ten mit mageren Deutschkenntnissen, weil sie daheim zuerst die Sprache ihrer Eltern gelernt haben. Unter der Belastung leiden vor allem schwächere Schüler.

**Der Bund kann aber trotzdem etwas tun** für den inneren Zusammenhalt der Schweiz. Er soll Austauschprogramme initiieren und sie grosszügiger fördern. Heute wendet er für solche schulische Projekte eine Million Franken auf. Das ist kümmerlich.

Insbesondere Lehrerinnen und Lehrer würden von Aufenthalten in der jeweils anderen Sprachregion den Esprit und das Interesse für die Kultur der andern in die Klassenzimmer tragen. Der Hausgemeinschaft Schweiz bekäme das allemal besser als eine Hausordnung, die an den Bedürfnissen des Alltags vorbeizieht.

Interview zum Thema: Seite 12 + 13  
Mail: christoph.aebischer@bernerzeitung.ch